

## EP-FK-2 EP-FK- A – Was Wohlstand schützt

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.09.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

### Text

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis  
2 hin zum internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative  
3 Wirtschaft ist global wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein  
4 zweiter Mitgliedstaat von der europäischen Integration und dem Binnenmarkt.  
5 Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen oder Hessen werden zwischen  
6 Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt, als lägen diese  
7 Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die  
8 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die  
9 Kräfte bündeln.

10 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen  
11 Interesse. Vor allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der  
12 nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die  
13 klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist für  
14 uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und  
15 Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur  
16 Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für  
17 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

18 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während  
19 China oder die USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der  
20 Zukunftstechnologien investieren. Wir nehmen die Herausforderung an: Wir wollen,  
21 dass sich Deutschland und Europa auf den Märkten der Zukunft durchsetzen – bei  
22 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und  
23 Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl.  
24 Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch  
25 Sicherheitspolitik.

26 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen  
27 natürlichen Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren,  
28 mit Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den  
29 Küsten und in den Wäldern. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in  
30 unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in  
31 lebenswerten ländlichen Räumen verankert, lässt sich aus den Städten in wenigen  
32 Stunden in Wälder oder Berge reisen.

33 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche  
34 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet  
35 aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

36 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein  
37 klimaneutrales Fundament stellen – eines, das über die nächsten Jahre und  
38 Jahrzehnte trägt. Wir haben den European Green Deal auf die Agenda gesetzt, er  
39 ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in allen Bereichen  
40 seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung über Mobilität und  
41 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend zu

42 einem entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren  
43 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer\*innen nicht nur das  
44 Klima schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

45 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und  
46 Industriepolitik, die Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut;  
47 die den Mut zu gezielten strategischen Investitionen aufbringt; die uns  
48 unabhängig macht von den Autokratien dieser Welt – und unser aller Leben damit  
49 krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von der Sonnenenergie aus  
50 Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren Energien und die  
51 Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU)  
52 eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die  
53 industrielle Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu  
54 sichern.

55 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich  
56 die besten Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir  
57 Bürokratie abbauen, dann tun wir das, um die EU in den Dienst der  
58 Europäer\*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu stellen. Und wenn wir die  
59 Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der  
60 Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

61 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind  
62 wir es. Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben,  
63 die wirksam und wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und  
64 systemischer Konkurrenz gleichermaßen aufzunehmen.

65 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die  
66 Sicherheit schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den  
67 Wohlstand und Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im  
68 Einklang mit der Natur und dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der  
69 nicht die soziale oder geografische Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das  
70 Geschlecht über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden, sondern in der alle  
71 Menschen am Wohlstand teilhaben können.

72 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

## 73 **1. Ein klimaneutrales Europa**

### 74 **In Energiesicherheit investieren**

75 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit  
76 effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten  
77 Kontinents nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als  
78 Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis  
79 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische  
80 Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherzustellen. Denn nur die  
81 Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer günstigen  
82 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir  
83 wollen, dass Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

84 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die  
85 Elektrifizierung von Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive

86 Investitionen in den Ausbau von Wind und Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch  
87 stärker europäisch zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssen wir energieeffizienter  
88 werden und die entsprechenden Vorgaben weiter anpassen.

89 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er  
90 gebraucht wird, wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische  
91 Stromnetz stärken und dabei vor allem die Verbindungen zwischen den  
92 Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein stabiles europäisches Stromnetz macht uns  
93 widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit. Das hat die  
94 Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig  
95 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare  
96 Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer  
97 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-  
98 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der  
99 Windenergie in den Meeren der EU. In Zukunft müssen darüber hinausgehend die  
100 Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und Wärmenetze zusammengedacht werden.  
101 Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und die Bedingungen von  
102 Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer Energien aus.

103 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu  
104 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.  
105 An diesen Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen  
106 Energieregionen an. Jedoch wird Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima-  
107 und gesundheitsschädlichste Form der Energieerzeugung und hat deshalb keine  
108 Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um in der EU die  
109 Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,  
110 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.  
111 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine  
112 gezeigt, wie abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das  
113 mit sich bringt. In den kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen  
114 deshalb auch ein endgültiger Abschied vom fossilen Erdgas nötig. Wir wollen es  
115 vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff  
116 ersetzen.

117 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht  
118 geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare,  
119 mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre  
120 unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke ist teuer und langwierig. Der Müll  
121 belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir setzen in der EU nicht  
122 auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

123 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,  
124 weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben  
125 wollen. Um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der  
126 Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können, kommt die Kernfusion  
127 jedoch zu spät.

128 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

129 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber  
130 1990 um rund ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis  
131 2030 mindestens 55 Prozent ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen.  
132 Durch den reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer europäischer

133 Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien  
134 verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa  
135 importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck  
136 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge  
137 um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen  
138 gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

139 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.  
140 Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es  
141 kein Abrücken geben, und es muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040  
142 braucht es deswegen Zwischenziele, die die EU sicher zu Klimaneutralität in  
143 Erfüllung des Pariser Klimaabkommens führen. Das Zwischenziel für 2035 wollen  
144 wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens international  
145 zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.  
146 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und  
147 die europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

148 Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

149 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas  
150 und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen  
151 wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem  
152 Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie.  
153 In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen nutzen und das CO<sub>2</sub> direkt  
154 bei der Produktion abscheiden, speichern und gegebenenfalls nutzen (Carbon  
155 Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv gefördert werden. Wir  
156 wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen und eine  
157 integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO<sub>2</sub>-  
158 Speicher – entwickeln.

159 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,  
160 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der  
161 Atmosphäre aktiv senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau  
162 einstellt. Dafür stärken und entwickeln wir negative Emissionen – also  
163 natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO<sub>2</sub> wieder entziehen.

164 Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder und  
165 Moorböden sind natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Deswegen benötigen wir klare Regeln für  
166 die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die  
167 Aufforstung von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer  
168 Negativemissionen wie die CO<sub>2</sub>-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-  
169 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Die EU  
170 braucht – wie Deutschland – klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen,  
171 ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels zu handeln.

172 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

173 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie  
174 speichern und transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil  
175 unserer zukünftigen Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger  
176 überall dort ersetzen, wo Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür

177 sorgen, dass Europa bei der Anwendung Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu  
178 heben, entwickeln wir die Europäische Wasserstoffstrategie weiter und  
179 unterstützen die Erforschung von umfassenden Ansätzen zur Erzeugung und  
180 Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die Netzausbaukosten  
181 minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen eingesetzt werden. Mit  
182 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm  
183 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser  
184 Schlüsseltechnologie.

185 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen  
186 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur  
187 für den Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med  
188 können wir grünen Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen  
189 Südeuropas in die Industriezentren Deutschlands transportieren. Das ist ein  
190 Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

191 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen  
192 Wasserstoff und strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU  
193 sowie wind- und sonnenreichen Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl  
194 potenzieller Partnerländer können wir auf diesem Weg eine diversifizierte  
195 Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden. Durch  
196 Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass die  
197 Länder des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von  
198 der grünen Energiezukunft profitieren.

199 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff  
200 vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen  
201 wir daher vorrangig auf die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen  
202 und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt.  
203 Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung  
204 nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die Produktion von  
205 Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie  
206 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff  
207 bei geringer Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur  
208 Stromerzeugung einsetzen, um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien  
209 jederzeit sicherzustellen.

210 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

211 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen  
212 verbunden. Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss  
213 klimaneutral immer auch sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus  
214 dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an  
215 die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die  
216 besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Wir wollen  
217 deshalb, dass die Mitgliedstaaten – wie etwa Österreich mit dem Klimabonus – ein  
218 Klimageld pro Kopf auszahlen.

219 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und  
220 Kommunen, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist  
221 solidarisch und demokratisch, denn damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben  
222 es in der Bundesregierung erheblich vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu

223 nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz von Bürgerenergie soll noch  
224 finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen europäisch besser  
225 verankern, dass Bürger\*innen an der Energiewende teilhaben können – indem sie  
226 Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt  
227 an ihre Nachbar\*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien  
228 gespeicherte Energie einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

229 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch  
230 zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die  
231 Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden  
232 und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen  
233 Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung und  
234 finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne  
235 entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie  
236 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

237 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent  
238 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der  
239 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei den Verbraucher\*innen. Durch die  
240 Umstellung der Förderung von erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern  
241 wir die Stromverbraucher\*innen gegen hohe Kosten ab.

## 242 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

243 In Innovation und Resilienz investieren

244 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine  
245 strategische europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-  
246 Generation-EU (NGEU) hat uns in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt  
247 und stark dazu beigetragen, dass Europa wirtschaftlich und politisch  
248 zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht diese wichtige  
249 Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns  
250 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen  
251 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

252 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und  
253 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im  
254 Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter  
255 zusammenwächst – mit einem voll ausgebauten und integrierten europäischen  
256 Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa den  
257 klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von  
258 morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere  
259 Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

260 Industriepolitik aktiv gestalten

261 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus  
262 kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für  
263 unseren Wohlstand ist. Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind  
264 zwei Hebel für uns zentral:

265 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen  
266 der EU für Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat  
267 seinen eigenen Firmen unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in  
268 vielen Bereichen den Goldstandard auf der Welt setzen, leistet gerade für  
269 Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Ihn  
270 werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

271 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit  
272 ihrem Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer  
273 Produktionsstandorte für Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an:  
274 Für die EU gilt es, dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik  
275 entgegenzusetzen, die Europas Stärken stärkt. Sie setzt bei der Forschung an und  
276 reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine  
277 Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen  
278 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für  
279 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn  
280 wir wollen, dass Europa an der Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die  
281 Produkte der Zukunft in Europa erdacht und hergestellt werden. So sichern wir  
282 Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der Aufbau einer europäischen  
283 Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes  
284 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

285 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein  
286 Förderdschungel entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und  
287 unbürokratisch an die bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein  
288 entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im Vergleich zu den USA. Wir treten  
289 für eine kohärente und leicht verständliche Industriepolitik ein, bei der auch  
290 Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür wollen wir relevante  
291 Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische Ebene  
292 verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage  
293 versetzt wird, schnell und wirksam zu handeln.

294 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

295 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa  
296 gleichzeitig seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse  
297 komplett klimaneutral werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

298 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.  
299 Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im  
300 europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der  
301 erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit  
302 Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa  
303 zur Verfügung steht.

304 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem  
305 europäischen Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu  
306 wollen wir einen europaweiten Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts  
307 for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und somit in einem  
308 Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst  
309 kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO<sub>2</sub>  
310 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher

311 und günstiger eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir  
312 europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus  
313 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir  
314 beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl  
315 vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen,  
316 der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt.  
317 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf  
318 klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich  
319 beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem  
320 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

321 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und  
322 Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen  
323 Förderprogrammen wollen wir gezielt die Produktion dieser Produkte in Europa  
324 begünstigen.

### 325 Den Binnenmarkt stärken

326 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und  
327 hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler  
328 Hebel, die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er  
329 ermöglicht es den europäischen Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall  
330 in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer\*innen ermöglicht er, überall in der EU zu  
331 arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und vertiefen: Wo es in  
332 Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene  
333 befolgen.

334 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,  
335 übergeordnete Ziele zu erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit,  
336 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen.  
337 Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um widerstandsfähiger gegenüber Krisen  
338 und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

339 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher\*innen und kleinen  
340 Unternehmen durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht  
341 verschärft. Ein solches Update braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür  
342 wollen wir das New Competition Tool wiederbeleben, das die Kommission schon  
343 einmal vorgeschlagen hatte.

344 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht  
345 bekämpft und Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht  
346 den Erfolg des Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten.  
347 Allerdings steht Europa heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen  
348 Wettbewerb mit anderen Staaten, die sich nicht an diese Regeln halten. Gerade  
349 für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-Kommission deshalb einen  
350 dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine  
351 aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich  
352 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit  
353 bei Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen  
354 Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von  
355 Produktionsprozessen auf Klimaneutralität.



356 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU  
357 die Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der  
358 europäischen Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um  
359 Mikroelektronik ermöglicht und koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit  
360 für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren gerade im Kontext der IPCEIs  
361 beschleunigt werden.

362 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

363 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir  
364 wollen mehr Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute  
365 Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So  
366 wachsen wir aus der Mitte heraus. Fachkräfte sind das Rückgrat der europäischen  
367 Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete Fachkräfte wie  
368 für solche mit handwerklicher oder industrienaher Ausbildung. Davon hängt auch  
369 das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in  
370 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

371 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote  
372 für alle bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer\*innen – und  
373 Fachkräfte von außerhalb gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die  
374 Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-Ländern arbeiten  
375 Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen auf  
376 EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die soziale  
377 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

378 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch  
379 gut bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den  
380 Unternehmen und Betriebe, in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen  
381 beschäftigt sind, bei der EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr  
382 Frauen ausbilden bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den  
383 Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte  
384 Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.

385 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von  
386 Fachkräften geht, vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im  
387 Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie  
388 ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-Initiative  
389 ausgeweitet werden und vielen weiteren Berufsgruppen zugutekommen.

390 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr  
391 Auskommen, wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer  
392 klimaneutralen Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen,  
393 attraktiven Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie  
394 wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zusammenbringen, gerade in noch  
395 strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet dafür einen Hebel:  
396 Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass  
397 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife  
398 befolgt werden.

---

### 399 3. Stabile Finanzen

#### 400 Europa finanziell wappnen

401 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre  
402 finanzielle Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir  
403 auch zu einem relevanten Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können.  
404 Diesen Anspruch wollen wir endlich erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren  
405 sind weitreichende Entscheidungen zur Finanzierung unserer gemeinsamen  
406 europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu treffen.

407 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle  
408 Ausstattung der EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale  
409 Beiträge verbessern. Im Krisenfall haben sich zudem auch gemeinsame europäische  
410 Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im  
411 Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in  
412 strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine  
413 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen  
414 starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU,  
415 als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

416 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen  
417 deutlich aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt,  
418 gezielt die Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den  
419 entscheidenden Feldern der Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die  
420 Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin überprüfen. Das betrifft  
421 insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die Ausgaben verwalten.

422 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU  
423 voraus. Gerade in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer  
424 nicht nur aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch  
425 eigene Einnahmen, die ihre finanzielle Ausstattung langfristig sichern. Dafür  
426 wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen, die infolge europäischer  
427 Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen.

428 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der  
429 möglichen Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt  
430 zugutekommen. Auch die Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus  
431 (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-Haushalt zufließen.

432 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu  
433 einer Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den  
434 bereits 2020 von Rat und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln  
435 in die Tat umsetzen. Dabei muss die Finanzierung der notwendigen nationalen  
436 Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

#### 437 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

438 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine  
439 Grundvoraussetzung für Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in  
440 Europa. Doch die Architektur der Währungsunion ist weiterhin unvollständig und

441 Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das wollen wir durch ein umfassendes  
442 Maßnahmenpaket ändern.

443 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir  
444 die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit  
445 der Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen  
446 und der Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in  
447 Krisen ab und etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische  
448 Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

449 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-  
450 Kurzarbeitergeldes SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in  
451 Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten Jobs sicher schützen können. Und wir  
452 wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit auch der Finanzsektor  
453 in Krisen stabilisierend wirkt.

454 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die  
455 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen  
456 Ländern jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen  
457 und Wachstum schaffen. Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der  
458 Vorschlag der Europäischen Kommission werden diesem Anspruch nicht gerecht.  
459 Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren Ergebnis von der Kommission  
460 konsequent durchgesetzt wird.

461 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld  
462 und zum Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die  
463 Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht Verbraucher\*innen digitalen  
464 Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann  
465 er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur Souveränität der EU  
466 und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter leisten.

467 Bankenunion vollenden

468 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das  
469 Finanzsystem resilienter werden und konsequent an den europäischen  
470 Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine  
471 Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren  
472 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

473 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen  
474 von Unternehmen und Bürger\*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine  
475 weitere Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer  
476 hohen Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der  
477 Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Mit einer europäischen  
478 Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von  
479 Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem funktionierenden  
480 Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkund\*innen  
481 vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass Kreditinstitute  
482 im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir Banken  
483 verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,  
484 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der  
485 Klimaneutralität steht.

486 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie  
487 Ratingagenturen, Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und  
488 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen  
489 Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren  
490 Unternehmen – zu verhindern.

491 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung  
492 umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es  
493 falsch, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist  
494 aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn dafür brauchen wir auch starke  
495 und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder Windräder, die bisher  
496 in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser abbilden.  
497 Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit  
498 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend  
499 finanziert werden. Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt  
500 werden.

501 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich  
502 an Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die  
503 Finanzaufsicht hat mit dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch  
504 nicht Schritt gehalten. Um das Vertrauen der Anleger\*innen zu festigen, wollen  
505 wir deshalb die europäischen Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden  
506 Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein staatliches Labelssystem für  
507 nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher\*innen sollen Klarheit haben,  
508 welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer  
509 Wirtschaft leistet.

510 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das  
511 Vertrauen der Sparer\*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch  
512 Provisionen haben dafür gesorgt, dass Sparer\*innen viel zu oft teure, riskante  
513 oder unpassende Finanzprodukte verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in  
514 der Finanzberatung mittelfristig keine Rolle mehr spielen und jedem den Zugang  
515 zu unabhängiger provisionsfreier Beratung ermöglichen. Nur so können wir die  
516 Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich machen.

## 517 4. Steuergerechtigkeit

### 518 Steuerhinterziehung bekämpfen

519 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle  
520 ihren fairen Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für  
521 Krankenhäuser, für eine gute Bus- und Bahninfrastruktur. Mutige  
522 Whistleblower\*innen und unabhängige Medien haben in den letzten Jahren eine  
523 ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie  
524 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in  
525 Niedrigsteuerländer zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen  
526 und Steueroasen bis hin zu Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast  
527 auf die Bürger\*innen und besonders kleine und mittlere Unternehmen ab, die  
528 rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge verursacht Steuermisbrauch  
529 EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro. Steuerbetrug und

530 Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann hier  
531 einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

532 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von  
533 Gewinnen in Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht  
534 strengere Kriterien, um sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen  
535 wirklich vollständig wird. So fehlen aktuell namhafte Steueroasen wie  
536 beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von null Prozent müssen  
537 automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise Bermuda  
538 oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste  
539 gesetzt wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch  
540 getroffen werden.

541 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden  
542 wesentlich verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen  
543 zu stärken. Wir begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst  
544 werden sollen.

545 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur  
546 existieren, um Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die  
547 Mitgliedstaaten auf, den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und  
548 ohne ihn abzuschwächen anzunehmen – die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit  
549 Vorreiterin.

550 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es  
551 sich beim Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung  
552 in Niedrigsteuerländer. Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur  
553 Einführung eines EU-weiten Systems für die Quellensteuer auf Dividenden und  
554 Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren Schritt ein – einen EU-weiten  
555 Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das Problem von  
556 Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

557 Steuerdumping beenden

558 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb  
559 zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren  
560 faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die  
561 Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen Geschäftsmodellen, die  
562 internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So profitieren die  
563 großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen oder  
564 Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen  
565 Niederlassung oder Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die  
566 Nutzer\*innen digitaler Dienste verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der  
567 Bäckerladen um die Ecke einen deutlich höheren Steuersatz zahlt als ein  
568 internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren gerechten Anteil zur  
569 Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

570 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist  
571 ein großer Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs  
572 auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
573 (OECD) – endlich auf eine Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen  
574 von 15 Prozent geeinigt. Damit können sie sich einem Mindeststandard an  
575 Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den Mitgliedstaaten und der

576 Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur  
577 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die  
578 Mindestbesteuerung ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen  
579 Steuersystems. Er reicht aber noch nicht aus, damit die großen  
580 Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale Unternehmen in Europa  
581 fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell stockenden  
582 Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-  
583 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

584 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für  
585 alle sichtbar macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene  
586 Steuerberichterstattung von Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein  
587 Meilenstein. Wenn große Unternehmen offenlegen, wie viel Steuern sie in den  
588 einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu einer besseren Kontrolle ihrer  
589 Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder erfasst. Wir werden  
590 darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der  
591 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite  
592 Aufschlüsselung relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen  
593 Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es  
594 darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für Steuerbegünstigungen, die  
595 einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

596 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

597 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von  
598 Unternehmen einen fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch  
599 zu finanzieren, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale  
600 Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die starke Ungleichverteilung und  
601 Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

602 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik  
603 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer  
604 wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die  
605 bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte  
606 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des  
607 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

608 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch  
609 hohe Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen  
610 Gewinnen einiger Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die  
611 durch sprunghaft gestiegene Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass  
612 sich die EU in dieser Situation auf eine Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch  
613 die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an die Gesellschaften  
614 zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation wurde  
615 durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene  
616 Produktionskosten gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der  
617 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen  
618 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das  
619 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung  
620 ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in erneuerbare Energien  
621 reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

---

## 622 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

### 623 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

624 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen  
625 Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres  
626 gesamten Kontinents und darüber hinaus. Deswegen ist eine europäische  
627 Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und Institutionen aus ganz  
628 Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Forschung unterstützt,  
629 ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,  
630 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche  
631 Mobilität, für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder  
632 Alzheimer in Europa erdacht und produziert werden.

633 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die  
634 Forschungsaktivitäten der EU bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei  
635 Antragsteller\*innen sehr beliebtes Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen  
636 sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten europäischen Finanzrahmen ausbauen.

637 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die  
638 missions- und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die  
639 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste  
640 Quote von 35 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir  
641 treten für eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European  
642 Research Council, der Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so  
643 wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir  
644 machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und Geisteswissenschaften  
645 (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen, denn sie sind von  
646 hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und  
647 Demokratie. Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei  
648 zugänglich sein sollen, wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin  
649 stärken.

650 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was  
651 den Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den  
652 Anspruch: Horizont Europa muss noch internationaler werden und weitere  
653 Partnerländer einbinden.

### 654 Aus Ideen Wohlstand machen

655 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender  
656 Bedeutung. Wir wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen.  
657 Innovationen sind als Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den  
658 wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

659 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte  
660 Forschung, die uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit  
661 anzugehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der  
662 erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale  
663 Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht zuletzt soziale  
664 Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont Europa  
665 sollen sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen,

666 wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die  
667 Industrie zusammenbringen.

668 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und  
669 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so  
670 ausbauen, dass sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer  
671 Umsetzung unterstützen.

672 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen  
673 und dabei neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften  
674 bzw. Fachhochschulen in den Blick nehmen. Bislang profitieren diese von der EU-  
675 Förderung häufig nicht im selben Maße wie Universitäten, sind aber besonders in  
676 der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Solche Cluster von Forschung, Lehre  
677 und Anwendung sind zentral, um Innovationen zu fördern, sichtbar zu machen und  
678 vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

679 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies  
680 gilt beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der  
681 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder  
682 Weiterbildungsprogrammen. So können wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen  
683 eine Chance geben, sich in die Zukunftsbranchen einzubringen.

684 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem  
685 relevanten Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von  
686 öffentlich-privaten Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der  
687 Industrie verwalten. Wir möchten hier eine Transparenzinitiative starten und  
688 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer\*innen stärker  
689 von diesen Förderinstrumenten profitieren.

690 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

691 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges  
692 Gründungsgeschehen. Hier entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von  
693 morgen. Dafür muss Gründen schneller und einfacher werden. Wir setzen uns dafür  
694 ein, dass bisher weniger aktive Mitgliedstaaten beispielsweise von Estland, dem  
695 europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen können.

696 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der  
697 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das  
698 europäische Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

699 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.  
700 Dort finden Gründer\*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen  
701 Überblick über alle Förderprogramme für Gründer\*innen soll ein digitaler Kompass  
702 bieten. Mit einem Klick ohne Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

703 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit  
704 anderen EU-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um  
705 Start-ups in der Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir  
706 regelmäßige europäische Matching Hubs ins Leben rufen, die private  
707 Investor\*innen mit Gründer\*innen an einen Tisch bringen, eine Messe für  
708 Geschäftsmodelle der Zukunft.



## 709 Mittelstand fördern

710 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor  
711 der europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders  
712 stark durch die Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen,  
713 wollen wir KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze  
714 auf ihre Auswirkungen auf KMU überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für  
715 angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch  
716 vereinfachte Antragsverfahren erleichtern wir den Zugang von KMU zu Förder- und  
717 Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir  
718 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die  
719 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit  
720 nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

721 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in  
722 der Praxis als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller  
723 Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und  
724 Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Beispielsweise wollen  
725 wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen  
726 durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

727 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der  
728 Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch  
729 automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen  
730 so weit wie möglich digital erfolgen. Verfahrensstände sollen online einsehbar  
731 werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden  
732 soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit Daten künftig nur noch  
733 einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der  
734 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu  
735 können. Die Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend  
736 abschaffen.

737 **6. Digitale Souveränität**

## 738 Europa digital fit machen

739 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer  
740 Zeit. Sie erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung,  
741 Gesundheit oder Energie völlig neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen  
742 für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Vereinfachung vieler Aufgaben  
743 für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das Management von Lieferketten  
744 in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer Krankheiten. Wir  
745 wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und  
746 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

747 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer  
748 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger\*innen befähigt und Freiheit  
749 stärkt, und einer Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert.  
750 Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen  
751 deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

752 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine  
753 resiliente und klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze,  
754 Mobilfunknetze, Knotenpunkte, Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler  
755 Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die Entwicklung und Produktion von  
756 Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, seien es Halbleiter oder  
757 Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische Unternehmen in  
758 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die  
759 globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir  
760 mit starken europäischen Akteuren gestalten.

761 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben  
762 mitzudenken. Wir wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im  
763 legislativen Prozess berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen  
764 schneller und effizienter erbracht werden. Vor allem kann die Digitalisierung  
765 der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln – vom  
766 Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen  
767 Praxis handhabbar zu machen.

768 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine  
769 riesige Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser  
770 Leben vereinfachen und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag,  
771 Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-  
772 gestützte Verfahren können beispielsweise dabei helfen, den Einsatz von Wasser  
773 sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag erhöhen. Sie  
774 schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen KI nach  
775 unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen  
776 großen Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet  
777 wird. Wir wollen diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die  
778 bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei Forschung und  
779 Transfer.

780 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-  
781 Source- und Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

782 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,  
783 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie  
784 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und  
785 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-  
786 Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke  
787 muss die EU Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital  
788 Sustainability Act, ein europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des  
789 Sektors für Informations- und Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit  
790 optimiert. Eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren wollen wir in die  
791 europäische Energieinfrastruktur integrieren.

792 Daten rechthebasiert nutzen

793 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für  
794 zahlreiche innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von  
795 Daten leistet einen wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern  
796 und zahlreiche gesellschaftliche Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches  
797 Wachstum zu fördern, Ressourcen zu schonen und die wissenschaftliche Forschung  
798 voranzubringen.

799 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem  
800 an der Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten  
801 rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu  
802 beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem  
803 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der  
804 Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein  
805 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation  
806 vorangetrieben werden.

807 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den  
808 vergangenen Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung  
809 des Schutzes von personenbezogenen Daten gesetzt.

810 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings  
811 unterschiedlich. Während in Deutschland Entbürokratisierung und mehr  
812 Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln gegenüber den internationalen  
813 Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso konsequent  
814 durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der  
815 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,  
816 die für alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale  
817 Netzwerke und KI entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für  
818 eine einheitliche und konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund-  
819 und Bürger\*innen-Rechte wirksam zu schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen  
820 für alle Unternehmen zu schaffen, die eine Sonderbehandlung von Großkonzernen  
821 gegenüber KMU ausschließen.

822 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,  
823 Nutzer\*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die  
824 Umsetzung zu vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber  
825 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger\*innen, ihre Daten für Forschungszwecke  
826 zu spenden und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

827 Digitale Standards setzen

828 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher\*innen und Unternehmen das A  
829 und O einer erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch  
830 gemeinsame Standards gefördert und gewährleistet. Daher treten wir für faire,  
831 offene und resiliente digitale Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk  
832 richtet sich auf die notwendige Investitionssicherheit für europäische  
833 Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und verlässliche Regeln stellen  
834 innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche Wirtschaftsräume sicher.  
835 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben  
836 wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen  
837 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

838 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der  
839 Interoperabilität: Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen.  
840 Interoperabilität bezeichnet die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von  
841 Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse  
842 abzuwickeln – vollautomatisch, ohne manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die  
843 Standardisierung gemeinschaftlicher Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden  
844 Anwendungsfall. Auf diese Weise können Einzelpersonen, Firmen,

845 Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gleichermaßen  
846 miteinander Transaktionen ausführen.

847 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum  
848 Durchbruch verhelfen kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der  
849 digitale Mobilfunk (GSM). Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen,  
850 eröffnet damit Wirtschaftsräume und milliardenschwere Märkte, die vor allem den  
851 kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa riesige Chancen bieten.

852 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten  
853 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen  
854 erarbeiten Vertreter\*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die  
855 standardisierten IT-Schnittstellen (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

856 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.  
857 Willkürlichen Konsortien internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir  
858 wollen die Standardisierung daher ebenso für Entwickler\*innen, die  
859 Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Damit alle unter  
860 gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr  
861 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese  
862 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und  
863 Investitionssicherheit zu sorgen. Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der  
864 öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese  
865 Standards am Markt durchzusetzen.

866 Verbraucherschutz digitalisieren

867 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im  
868 Verbraucher\*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier  
869 bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die  
870 Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb  
871 wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko  
872 bewerten, das ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig  
873 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler\*innen  
874 und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu  
875 erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es jetzt, in Deutschland  
876 und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge  
877 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von  
878 Verbraucher\*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;  
879 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die  
880 Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die  
881 Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker  
882 kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen dieser  
883 Plattformen, wenn Nutzer\*innen grundlos gesperrt werden.

884 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten  
885 und Verbraucher\*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss  
886 gewährleistet sein, dass diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online  
887 handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen.  
888 Wir wollen die Rechte von Nutzer\*innen auf digitalen Kommunikationsplattformen  
889 stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen miteinander  
890 kommunizieren können, sodass Nutzer\*innen unterschiedlicher Dienste miteinander  
891 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und

892 verbessert, damit Nutzer\*innen beim Verlassen von Plattformen darauf  
893 zurückgreifen können.

## 894 7. Kreislaufwirtschaft

895 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

896 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine  
897 klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir  
898 Rohstoffe. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an  
899 metallischen Rohstoffen allein für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040  
900 vervierfachen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer  
901 Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des Globalen Südens abgebaut – und  
902 in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien weiterverarbeitet.  
903 Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu 75 bis  
904 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die  
905 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine  
906 Rohstoffquellen diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir  
907 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für  
908 regelmäßige und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um  
909 die Rohstoffsicherheit der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

910 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für  
911 mehr Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65  
912 Prozent der Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen  
913 dürfen. Unser Ansatz der Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die  
914 Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Umsetzung einer effektiven  
915 Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper Rohstoffe, die  
916 Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die  
917 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der  
918 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei  
919 ambitionierte Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

920 Zirkulär wirtschaften

921 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine  
922 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen  
923 und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur  
924 Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte  
925 Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, dass Materialien und  
926 Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert,  
927 aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das  
928 beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine  
929 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines  
930 „Designs for Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie  
931 nun auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere  
932 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten  
933 müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben  
934 der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind.

935 Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des bestehenden Gebäudebestands und  
936 den Einsatz modularer Bauweisen.

937 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es  
938 einfacher und günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So  
939 werden Ressourcen unnötig verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen  
940 Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren verursacht. Für eine Gesellschaft ohne  
941 Müll wollen wir das Recht auf Reparatur, eine Pflicht zur Bereitstellung von  
942 Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Auch das Zerstören  
943 zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben.

944 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund  
945 lückenhafter Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente  
946 Umsetzung der neuen Abfallverbringungsverordnung den Riegel vorschieben. Wir  
947 setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet  
948 werden.

949 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen  
950 europäischen Ansatz, damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität  
951 auf unserem Kontinent effektiv nutzen können. Dazu gehört auch der heimische  
952 Bergbau von knappen Rohstoffen und die Stärkung der  
953 Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
954 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und  
955 Menschenrechtsstandards ambitioniert voranbringt.

956 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,  
957 Infrastrukturen, aber auch in unseren Deponien und Halden liegen  
958 Rohstoffquellen, die wir bislang nicht ausreichend erschlossen haben. Deshalb  
959 wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen  
960 durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen der Digitalisierung  
961 nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir neue  
962 Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen  
963 Primärrohstoffen.

964 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.  
965 Wir wollen die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein  
966 Rückgabesystem für Lithium-Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von  
967 kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch weniger kritische Mineralien  
968 ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium-Ionen-Batterien.  
969 Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

970 Rohstoffpartnerschaften schließen

971 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,  
972 setzen wir uns für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf  
973 ab, neue und strategische Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und  
974 bestehende Partnerschaften zu vertiefen. Wir unterstützen internationale  
975 Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership (MSP) und eine  
976 verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

977 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen  
978 Ländern weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer  
979 Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen

980 Kooperationsangebote nicht nur einseitig im europäischen Versorgungsinteresse  
981 ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im  
982 Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in Lieferketten zu integrieren. Wir  
983 wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere  
984 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von  
985 Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

## 986 8. Moderne Mobilität

987 Europas Verkehrswende voranbringen

988 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil  
989 zu sein. Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem,  
990 das klimaneutral funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen  
991 Personenkraftwagen (Pkw) komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute  
992 Schienenwege und attraktive Züge, ein engmaschiges Netz an Radwegen und  
993 Radrouten, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz,  
994 klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um verschiedene  
995 Verkehrsträger zu kombinieren.

996 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und  
997 selbstbestimmtes Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf  
998 dem Land. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter  
999 ausgebaut wird. Insbesondere die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen  
1000 den Ländern, europäischer Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns  
1001 Priorität.

1002 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken  
1003 innerhalb Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen.  
1004 Ein massiver Ausbau des Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns  
1005 deshalb für reduzierte Trassenpreise, eine bessere Förderung für  
1006 grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und  
1007 insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne Schlafwagen ein.

1008 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große  
1009 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.  
1010 Insbesondere das industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,  
1011 ressourceneffiziente Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb  
1012 setzen wir uns für eine europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau  
1013 sicherer Fahrradwege und die Förderung der privaten und gewerblichen Nutzung von  
1014 Cargobikes umfasst.

1015 Tickets einfach buchen

1016 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle  
1017 Zugreisen in Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-  
1018 System können wir Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende  
1019 Fahrkarten einschließlich Sharing-Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden  
1020 jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht.  
1021 Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten,  
1022 Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die

1023 für sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,  
1024 müssen Buchungen einfacher erfolgen.

1025 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.  
1026 Interrailtickets sollten leichter reserviert werden können. Wir wollen zum  
1027 unbeschwerten Reisen einladen und deshalb die Fahrgastrechte stärken. Zum  
1028 Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen nächsten Zug oder Bus  
1029 nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen betrieben wird.

1030 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine  
1031 konsequente Umsetzung des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass  
1032 Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere  
1033 Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel  
1034 E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um  
1035 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die  
1036 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1037 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir  
1038 mit dem Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das  
1039 Deutschland-Ticket soll auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den  
1040 grenzübergreifenden Austausch zu stärken.

1041 Antriebswende umsetzen

1042 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur  
1043 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele  
1044 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben.  
1045 Grüner Wasserstoff und die darauf basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort  
1046 eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel nicht preiswerter elektrisch betrieben  
1047 werden können.

1048 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und  
1049 bietet viele Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der  
1050 Antriebswende unterstützen. Die EU hat in einer historischen Entscheidung  
1051 beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu  
1052 zugelassen werden dürfen. Nun braucht es eine flächendeckende, intelligent  
1053 vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel. Es muss ohne  
1054 Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von Stockholm nach Syrakus zu fahren. Um  
1055 den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu gestalten, wollen wir  
1056 aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren beim  
1057 Laden eines E-Autos, abschaffen.

1058 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf  
1059 der Straße in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden  
1060 kann. Dazu braucht es den schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für  
1061 Lastkraftwagen (Lkw) entlang der europäischen Fernstraßen und in den  
1062 Güterverteilzentren.

1063 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und  
1064 Entwicklung durch Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz  
1065 orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um  
1066 leichte und effiziente Lösungen anzubieten. Um den schweren Luft- und  
1067 Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die Produktion



1068 nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Für  
1069 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So  
1070 werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der  
1071 Vergangenheit angehören. Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und  
1072 Entwicklung von klimaneutralen Technologien.

1073 Verkehr sicher machen

1074 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,  
1075 dass es keine Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen  
1076 uns deshalb für sichere Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in  
1077 dicht bevölkerten Innenstädten sowie für ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen  
1078 ein.

1079 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für  
1080 ambitioniertere Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und  
1081 Motorräder wollen wir stärker für die Gesundheit der Menschen in die  
1082 Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie  
1083 quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für die  
1084 Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik  
1085 anpassen. Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die  
1086 Gesundheitsbelastung der Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt  
1087 werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für  
1088 den Schutz der Gesundheit minimiert werden. Die Luftreinhaltungsrichtlinie und  
1089 die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte.

## 1090 9. Gesunde Natur

1091 Unsere Natur bewahren

1092 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft  
1093 hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie  
1094 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine  
1095 entscheidende Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der  
1096 europäischen Lebensräume – von den unberührten Wäldern Nord- und Osteuropas über  
1097 die vielfältigen Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser  
1098 Selbstverständnis als Europäer\*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent  
1099 steht.

1100 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den  
1101 vergangenen Monaten große Durchbrüche erzielt:

1102 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)  
1103 sowie die Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das  
1104 Abkommen der UN zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See sind historische  
1105 Meilensteine. 30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen  
1106 unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz.  
1107 Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte  
1108 Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals verbindliche Regeln  
1109 für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit Meeresressourcen  
1110 nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen

1111 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige  
1112 Wiederherstellung der europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt  
1113 verwirklichen: Eine verbesserte Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der  
1114 globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen  
1115 Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg  
1116 der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden  
1117 Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1118 Artenvielfalt retten

1119 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.  
1120 Beide bedingen einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf  
1121 gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht  
1122 werden.

1123 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.  
1124 Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein  
1125 naturnaher Waldumbau und effektiver Meeresschutz.

1126 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis  
1127 ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen  
1128 und ernsthafte Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und  
1129 Wäldern gehören die Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die  
1130 Klima- und Biodiversitätskrisen.

1131 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8  
1132 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben  
1133 bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend  
1134 gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir  
1135 Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder  
1136 wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den  
1137 Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von  
1138 Ökosystemen muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere  
1139 für den Insekten-, Vogel- und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir  
1140 die ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir  
1141 brauchen Misch- statt Monokulturen in Land- und Forstwirtschaft, weniger  
1142 Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden Praktiken wie Kahlschlägen.  
1143 Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare, einheitliche  
1144 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein  
1145 einheitliches Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald.  
1146 Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine  
1147 europäische Waldbrandstrategie, die durch naturnahe Wälder, die Vermeidung von  
1148 Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1149 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder  
1150 miteinander vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich  
1151 und dadurch stabile Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne  
1152 Infrastruktur für Europas Natur. Zentral dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die  
1153 genetische Vielfalt fördert die Resilienz unserer Ökosysteme und schafft somit  
1154 auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch  
1155 mit den Kommunen, Landwirt\*innen und Förster\*innen entstehen. Darüber hinaus  
1156 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,  
1157 ohne einen genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die

1158 Bereitstellung finanzieller Anreize für Landwirt\*innen und Landbesitzer\*innen,  
1159 um nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und der  
1160 Artenvielfalt fördern.

1161 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und  
1162 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders  
1163 betroffene Arten schaffen.

1164 Umwelt schützen

1165 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und  
1166 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer  
1167 natürlichen Lebensgrundlagen. Sie belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige  
1168 Rolle spielen dabei die Auswirkungen der Nutzung umwelt- und  
1169 gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den  
1170 Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen  
1171 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).  
1172 Diese werden seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,  
1173 Medizinprodukten, Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall  
1174 dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in verbrauchernahen  
1175 Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig  
1176 brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von  
1177 Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger  
1178 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu  
1179 gefährden.

1180 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die  
1181 Nachhaltigkeitsanforderungen wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-,  
1182 Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir wollen deshalb bei der Reform  
1183 des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien (REACH-Regelung)  
1184 schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines umfassenderen  
1185 Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von  
1186 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten  
1187 berücksichtigt.

1188 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich  
1189 aufstellen. Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für  
1190 sichere und nachhaltige Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act)  
1191 zur Förderung des Markthochlaufs von Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil  
1192 unseres Programms für eine klimagerechte Industriepolitik.

1193 Sauberes Wasser für alle

1194 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.  
1195 Das ist eine große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit  
1196 sauberem Wasser sicherzustellen, und ein Stressfaktor für unsere Natur.  
1197 Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20 Jahren 20 Prozent seiner  
1198 Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie,  
1199 die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in  
1200 der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben dem Gesetz  
1201 zur Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie

1202 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die  
1203 dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1204 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten  
1205 Wasserinfrastruktur und einem naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko  
1206 von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir durch mehr  
1207 Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und Fassadenbegrünung. Dieser Umbau zur  
1208 Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die Luftqualität.

1209 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden  
1210 Wasserkrisen, wie an der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben  
1211 uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu  
1212 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Und wir setzen  
1213 uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder  
1214 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1215 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser  
1216 in der Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch  
1217 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und  
1218 Industrie durch sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir  
1219 verstärkt auf Kooperation innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern.  
1220 Denn die Erfahrungen in den semiariden Gebieten des Südens werden in den anderen  
1221 Teilen Europas dringend gebraucht.

1222 Tiere schützen

1223 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir  
1224 wollen, dass Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung  
1225 sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer\*innen  
1226 wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen  
1227 setzen sich dafür ein.

1228 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht  
1229 und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1230 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-  
1231 Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von  
1232 Wildfängen für die Privathaltung wollen wir beenden sowie den Import und Handel  
1233 von Arten unter Strafe stellen, die in ihrem Herkunftsland national geschützt  
1234 sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von Tierarten, die durch  
1235 das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-Artenschutzverordnung  
1236 geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In Handelsabkommen  
1237 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1238 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen  
1239 erstellen, die Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und  
1240 Medizinprodukte wo immer möglich beenden, für Arzneimittelentwicklung und  
1241 Grundlagenforschung reduzieren und auch die Förderung tierversuchsfreier  
1242 Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die Entwicklung und Anerkennung  
1243 von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte tierfreie  
1244 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die  
1245 Stelle von Tierversuchen treten.

---

## 1246 10. Eine starke Landwirtschaft

1247 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1248 Landwirt\*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.

1249 Sie sorgen auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen

1250 sucht. Gleichzeitig erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die

1251 Felder, Wiesen und Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen diese

1252 Landwirtschaft stärken – im Einklang mit der Natur und im Dienste aller

1253 Menschen, der Produzent\*innen wie der Verbraucher\*innen.

1254 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die

1255 die Flächen bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der

1256 Kulturlandschaft bezahlt werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche

1257 Leistung erbringen, und nicht die Eigentümer\*innen der Flächen.

1258 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen

1259 Agrarpolitik (GAP), die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer

1260 zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beitragen, wollen wir konsequent

1261 Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das

1262 Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu gestalten, dass sie

1263 Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt\*innen ankommen, die

1264 vor Ort verankert sind.

1265 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der

1266 Landwirtschaft tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder

1267 Hof zählt. Indem wir regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller

1268 und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen

1269 Rahmenbedingungen.

1270 Landwirt\*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter\*innen und dem Einzelhandel

1271 in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann

1272 und muss einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten

1273 und der Preise für die Verbraucher\*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für

1274 europaweite Regelungen ein, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1275 Gute Lebensmittel für alle

1276 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie

1277 ist maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine

1278 gute Ernährung für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung

1279 regionaler Wirtschaftsräume, denn die Herstellung und Verarbeitung von

1280 Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und regionale Identität.

1281 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU

1282 kann die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher\*innen schützen, indem sie für

1283 verlässliche Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir

1284 unterstützen daher europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen,

1285 vielfältigen und tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten

1286 Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf

1287 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize

1288 setzen für eine bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis

1289 Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund

1290 und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen  
1291 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So schaffen wir  
1292 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1293 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns  
1294 deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung  
1295 bis 2030 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von  
1296 Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr-  
1297 statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die sichere  
1298 Verzehrbarekeit von Lebensmitteln zu liefern.

1299 Ökologische Landwirtschaft gestalten

1300 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der  
1301 Zukunft zu sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können  
1302 dabei der gesamten Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die  
1303 Vorreiterin dafür: Unser Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent  
1304 ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen Anteil bis 2035 und darüber  
1305 hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe erzielen in  
1306 Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das  
1307 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und  
1308 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen  
1309 dafür stärken.

1310 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens  
1311 30 Prozent der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie  
1312 Unterstützung bei der Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-  
1313 Wertschöpfungskette. Außerdem sollen Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen  
1314 müssen, dass sie Vorschriften einhalten. Das EU-Biosiegel wollen wir beim  
1315 Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion, nachschärfen.

1316 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass  
1317 Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU  
1318 soll garantieren, dass alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es  
1319 hergestellt wurde. Transparenz und Wahlfreiheit müssen besonders bei  
1320 gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln sichergestellt werden.  
1321 Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in  
1322 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern  
1323 wir die Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und  
1324 Zuchtbetriebe.

1325 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.  
1326 Die bisher verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber  
1327 werden noch nicht konkret umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen,  
1328 dass die Ziele der EU auf wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die  
1329 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa  
1330 einer Pestizidabgabe.

1331 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von  
1332 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in  
1333 Pestiziden erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir  
1334 reformieren, indem die vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern,  
1335 sondern von den Bewertungsbehörden in Auftrag gegeben werden. Die Hersteller

1336 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden  
1337 ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir die  
1338 Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund  
1339 von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für  
1340 die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die  
1341 Pestizide in den Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in  
1342 der Biolandwirtschaft haften.

1343 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

1344 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und  
1345 plötzlichem Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von  
1346 fossilen Düngern zurückfahren und die Böden wieder zu Senken von CO<sub>2</sub> machen, ist  
1347 die Landwirtschaft ein zentraler Teil des natürlichen Klimaschutzes. Deshalb  
1348 setzen wir uns für die Wiedervernässung von Mooren, den Aufbau von Holzmasse und  
1349 die Weidewirtschaft ein – mit stabilen Einkommensperspektiven für  
1350 Landwirt\*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz  
1351 und zur Klimaanpassung leisten.

1352 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt\*innen zusammen. Uns ist  
1353 wichtig, dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen  
1354 unterstützen wir Landwirt\*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten  
1355 Moorflächen und fördern den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen  
1356 Räumen. Sowohl Moore als auch die Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind  
1357 ein echter Klimaschützer, da hier deutlich mehr Kohlenstoff gespeichert wird als  
1358 im Ackerboden. Außerdem stellt die Weidewirtschaft die tierfreundlichste Haltung  
1359 dar. Diese wollen wir stärker fördern.

1360 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.  
1361 Wir werden deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen  
1362 und unseren Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb  
1363 unterstützen wir den Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der  
1364 Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme. Wir fördern  
1365 Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfisherei und gehen gegen besonders  
1366 umweltschädliche Fangmethoden vor.

1367 Tiere gut halten

1368 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern  
1369 kann, Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer  
1370 nachhaltigen Bewirtschaftung unserer vielfältigen Landschaften ist. Die  
1371 industrielle Tierhaltung dagegen gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die  
1372 Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger, multiresistente Keime,  
1373 Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust,  
1374 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir  
1375 Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1376 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre  
1377 Gesundheit konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung  
1378 und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht,  
1379 Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und  
1380 Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht

1381 für uns die möglichst lokale Verarbeitung: Wir brauchen eine deutliche  
1382 Reduzierung von Lebetiertransporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte  
1383 auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer kontrollierbare Regionen  
1384 unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle, ein Ende  
1385 der CO<sub>2</sub>- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung von  
1386 Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Kühen.

1387 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz  
1388 in der landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr  
1389 Antibiotika an gesunde Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den  
1390 Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch reduzieren, um die Entstehung  
1391 multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten gesundheitlichen  
1392 Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine Umstellung  
1393 auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die  
1394 Einschränkung der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker  
1395 Einzeltiere. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.